

## M 1-5 & 7 NEU „Bündnis für Verkehrswende“ und „Mobilitätswendegesetz“ in Schleswig-Holstein

Antragsteller\*in: KV Pinneberg, LAG Verkehr, Heinz-Hermann Ingwersen (KV NMS), KV Rendsburg, KV Storman, Ann Kathrin Tranziska, Dieter Schott (KV Pinneberg) (Bündnis 90/Die Grünen SH)

Tagesordnungspunkt: Anträge

### Antragstext

- 1 „Bündnis für Verkehrswende“ und „Mobilitätswendegesetz“ in Schleswig-Holstein
- 2 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert gemeinsam mit der LAG Verkehr sowie  
3 anderen Gremien, Vereinen und Verbänden, ein „Bündnis für Verkehrswende“ in  
4 Schleswig Holstein zu gründen und die Inhalte für ein „Mobilitätswendegesetz“  
5 vorzubereiten. Darüber hinaus setzen sich Bündnis 90/Die Grünen dafür ein, dass  
6 im neuen Landesnahverkehrsplan deutlichere Ausweitungen des Schienen- und ÖPNV  
7 Angebotes verankert werden. Die zu planenden Veränderungen sollen einen  
8 spürbaren Beitrag zu den für das Jahr 2030 formulierten Klimaschutzzielen  
9 leisten.
- 10 Folgende Punkte sollen hier berücksichtigt und vorangetrieben werden:
- 11 1. Eine koordinierte und verbesserte regionale und landesweite  
12 Nahverkehrsplanung im Sinne der Verkehrswende. Hierzu gehören:
- 13 - eine Analyse, in welchen Bereichen die größten Emissionseinsparpotenziale  
14 bestehen
- 15 - eine umfassende Betrachtung aller Mobilitätsformen verschiedener  
16 Lebensbereiche
- 17 - Betrachtung und ggfs. Anpassung anderer Rechts- und Gesetzesbereiche (z.B.  
18 Öffentliches Recht, Baurecht, Raumordnungsgesetz), um den Ausbau und die Nutzung  
19 von emissionsarmen Mobilitätsformen auch dort zu verankern
- 20 - die Definition messbarer Ziele zu Verkehrswende und Klimaschutz sowie die  
21 Festlegung von Sanktionsmöglichkeiten
- 22 - Mehr Anreize für mehr Nutzung von ÖPNV-Angeboten und Fahrgemeinschaften (bspw.  
23 Von Arbeitgeberseite aus)
- 24 2. Eine landesweite Neuorientierung in der Verkehrswegeplanung, bei der  
25 Busspuren, Fahrradwege/-straßen, E-Roller sowie Fußgängerwege umfassend  
26 berücksichtigt werden, sowie die (nach Prüfung erfolgende) Anpassung anderer  
27 Gesetze wie Baurecht und Straßenverkehrsrecht.
- 28 3. Auf Bundesebene ein Moratorium für den Ausbau der A23 (Spurerweiterung), zu  
29 erreichen. Weitere Straßenbaugroßprojekte, die über eine Instandsetzung  
30 hinausgehen, sollen überprüft werden.
- 31 4. Ausbau des Schienennetzes, Verdichtung der Taktung der bestehenden  
32 Verbindungen sowie weitere ergänzende Maßnahmen, etwa die Reaktivierung  
33 stillgelegter Bahnstrecken mindestens nach Maßgabe unserer Strategie Netz25+ und  
34 des Sondergutachtens der Landesregierung zur Schienenstrategie.

35 5. Eine Stärkung des ÖPNV durch Programme für die Ausbildung von Fachkräften,  
36 eine Förderrichtlinie für mehr Elektromobilität/Wasserstofftechnologie im Land  
37 und die Finanzierung entsprechender Infrastruktur.

38 6. Erhöhung der Landesmittel um 10 Mio Euro jährlich ab 2020 für die  
39 Angebotserweiterung im kommunalen, regionalen und kreisübergreifenden ÖPNV-Netz  
40 (Bus), u.a. neue Linien, Verdichtung der Taktung und Verkürzung der Fahrtzeiten  
41 durch ein koordiniertes Schnellbus- und Zubringer-System. Ggf. ist hierbei das  
42 ÖPNVG anzupassen.

43 7. Die Fortführung und Intensivierung des Elektrifizierungsprogramms MOIN.SH für  
44 Schienennetz und Fahrzeugflotte.

45 8. Einbeziehung innovativer Mobilitätsformen, insbesondere in Städten und der  
46 Metropolregion. Insbesondere soll es eine Machbarkeitsstudie geben, die die  
47 Sinnhaftigkeit und Kosten von Seilbahntrassen alternativ zu Straßen oder auch  
48 Eisenbahnstrecken bewertet.

49 9. In einem ersten Schritt wurde auf dem LPT im April 2019 die Einführung eines  
50 Bildungstickets auf den Weg gebracht. In einem zweiten Schritt setzten wir und  
51 für eine Vereinfachung und Vergünstigung des bestehenden Tarifsystems im  
52 Regionalbereich und perspektivisch für die Einführung eines landesweiten 365 €  
53 Tickets, bzw. 120 € Tickets im Nahbereich ein.

54 10. Spürbare Stärkung der Nahmobilität insbesondere Fahrradfahren und zu Fuß  
55 gehen durch den verstärkten Ausbau von Radwegen und Bike & Ride Stationen sowie  
56 den Bau kreuzungsarmer Radschnellrouten und die Verbesserung der  
57 Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern im ÖPNV.

58 11. Förderprogramm für die Anschaffung von Lastenfahrrädern für Gewerbetreibende  
59 und für private Haushalte.

60 In den kommenden Jahren müssen entscheidende Weichen gestellt werden, um unsere  
61 Natur zu schonen und dem Klimawandel wirksam zu begegnen. Dazu gehört auch ein  
62 klares Bekenntnis zur Verkehrswende in Kommunen, Kreisen und Land. Tragfähige  
63 Strategien, Konzepte und Investitionen in Schienen, den öffentlichen Nahverkehr  
64 sowie in Fahrradwege sind nötig. Während in den anderen Sektoren bereits große  
65 Fortschritte beim Klimaschutz erreicht wurden, steigt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im  
66 Verkehrssektor immer noch an. Auch die Folgekosten des Verkehrssektors sind mit  
67 ca. 150 Milliarden € pro Jahr enorm.

68 Nur mit einer massiven Erhöhung des Marktanteils des Umweltverbundes mit einer  
69 Mobilitätsgarantie auf der Basis Starker Linien und flexibler Bedienung vor Ort  
70 kann bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts eine nachhaltige Reduzierung der CO<sub>2</sub>-  
71 Emissionen des Verkehrs erreicht werden. So schützen wir nicht nur das Klima,  
72 sondern steigern auch die Lebensqualität für die Menschen in unserem Land  
73 zwischen den Meeren.

## Begründung

erfolgt mündlich